

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:  
Tageblatt Riefa,  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wörschheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Verleger:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 210.

Mittwoch, 9. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtung! Achtung! Achtung! Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Englands neue Regierung vor dem Parlament.

Das Unterhaus spricht der Regierung MacDonaldis das Vertrauen aus. Eine große Abrüstungsrede des italienischen Außenministers Grandi in Genf.

London, 8. September. „Alles wieder wie im Krieg“, mit diesen Worten hat der Premierminister MacDonaldis feierlich die Bildung einer nationalen Regierung gerechtfertigt. Nächst, wieder wie im Krieg! Schon die Ansprache, die er dem Parlament angedeutet hat, als hätte er, die sich vor dem Parlament anerkennen lassen, als hätte er, einer Kriegserklärung beizuwohnen. Auf allen Gesichtern tödlicher Ernst, besonders auf denen der Volksoberster, in deren Hände das Wohl und Wehe der Nation gelegt ist. Vertrauen für die nationale Regierung wird heute von ihnen gefordert; Vertrauen in die Berechtigung der Sparmaßnahmen, die das schwerbedrohte Budget und damit das Pfund und die Wirtschaft des britischen Reichs aufrichten sollen. Im schwachen, aber stolzen Hause bietet sich auf den ersten Blick nur das gewohnte Bild eines großen Tages. Raum gewöhnt sich das Auge an das Bild im Hause, welche Metamorphose! Verschwunden sind von der Regierungsbank alle die alten gewohnten Gesichter, mit Ausnahme von vier: MacDonaldis, Snowden, Thomas und Jowitt. Menschen, die sich als Politiker bis vor kurzem auf bittere Befehle, sitzen heute auf einer Bank nebeneinander. Ihnen gegenüber die Opposition: Alle die Arbeiterführer um Henderson, die die Bildung einer nationalen Regierung durch MacDonaldis nicht billigen und sie nur als eine Kapitulation vor dem Kapital der City von London ansehen. In ihren Reihen zahlreiche ehemalige Ministerkollegen MacDonaldis, für die von einem Tage zum andern kein Platz mehr auf der Regierungsbank war.

Dichtschleier Tribünen bilden auf das seltsame Schauspiel hinab. In der Galerie der edlen Lords sieht man bekannte Gesichter, darunter das des Außenministers Lord Reading. In der Diplomatengalerie befindet sich unter den zahlreichen Vertretern der auswärtigen Mächte auch der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff. Nachdem der Sprecher sein Gebet beendet hat, werden einige Fragen und Zwischenfragen gestellt, bei denen die Gegensätze zwischen Konservativen und Arbeiterpartei schärfstens aufeinanderprallen. Die Ungebuld des Hauses, zu dem Hauptthema überzuweichen, wächst. Plötzlich erklingt eine Stimme vom Eingang des Hauses: „Eine Postkarte vom König, Sir, unterzeichnet von seiner eigenen Hand.“ Als der Sprecher die kurze Postkarte des Königs verliest, hat die Spannung des Hauses ihren Höhepunkt erreicht. Die

### Postkarte des Königs

führt in medias res: Nationale Notlage, neue Einkünfte. In ihr heißt es: „Nach Auffassung der Minister seiner Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zusätzliche Steuern zu erheben und Abträge an den Ausgaben vorzunehmen. Se. Majestät unterbreitet die Frage seinem treuen Unterhause zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde.“

### Die Rede MacDonaldis.

London. Nachdem auf Antrag MacDonaldis Sir Dennis Herbert zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses ernannt war und die Opposition auf eine Abstimmung über den Antrag verzichtet hatte, erhob sich der Ministerpräsident zu seiner mit Spannung erwarteten Rede.

MacDonaldis gab zunächst den Arbeitsplan des Parlaments bekannt und zwar, daß der Schatzkanzler am Donnerstag seinen Ergänzungshaushalt einbringen und am Freitag die zweite Lesung der Sparvorlagen beginnen würde.

Ubergangend auf die Ereignisse der letzten Wochen erklärte MacDonaldis, daß er am 8. August in Schottland eine Mitteilung der Bank von England erhalten habe, in der auf die drohende Gefahr des ständigen Goldabflusses hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht wurde, daß mit einer ersten Finanzkrise zu rechnen sei. An dem darauf folgenden Montag sei er nach London zurückgekehrt und habe sich sofort mit den Führern der anderen Parteien in Verbindung gesetzt. Zwischen dem 13. und 20. Juli habe die Bank von England etwa 680 Millionen Mark Gold verloren und die vorübergehenden Kredite, die zum Ausgleich der Abflüsse aufgenommen wurden, seien in der dritten Augustwoche endgültig aufgebraucht gewesen. Aus diesem Grunde habe sich die Aufnahme einer neuen Anleihe als notwendig erwiesen, um den Sterling auf der Goldbasis zu halten. Mit der alten sozialistischen Regierung habe er zu keiner Einigung kommen können und deshalb habe er den Auftrag des Königs zur Bildung einer neuen Regierung angenommen.

MacDonaldis erklärte weiter, daß der gesamte Finanzkomplex, d. h. das Bank-System, die Kriegsschulden und die Reparationen einer neuen Prüfung unterzogen werden müßten, sobald die gegenwärtige Krise vorüber sei. Die Weltkriege mit der aus ihr sich ergebenden Arbeitslosigkeit habe den Fehlbetrag im Staatshaushalt hervorgerufen und England müsse auf der Hut sein, falls es nicht gezwungen

sein würde, entweder seine Einfuhr aus seiner Kapitalausfuhr oder mit entwerteten Papiergeld zu bezahlen, denn die Krise habe gezeigt, daß selbst das große internationale Finanzzentrum London den Anforderungen des Auslandes unverteidigt ausgesetzt gewesen sei.

Weder die Postfinanz noch andere Organisationen seien berechtigt, die Politik einer Nation entscheidend zu beeinflussen. Andererseits könne man aber auch von Bankiers nicht verlangen, aus politischen Gründen Methoden anzuwenden, durch die sie sich ihr eigenes Grab gräben. Die Möglichkeit einer erhöhten Arbeitslosigkeit im Winter, gleichzeitig mit einem beträchtlichen Haushaltsfehlbetrag schwäche die Gesamtlage Englands. Wenn England eine Anleihe haben wolle, so müsse es seinen Haushalt ausgleichen und die Finanzierung der Erwerbslosen auf eine gesunde Grundlage stellen. Wenn man vor einigen Wochen gemeint hätte, daß England keine Anleihe brauche, so hätte die Krise England das Genid gebrochen.

MacDonaldis wendete sich dann kurz den Sparvorlägen der Regierung zu. Er sagte zunächst, daß er selbst keine Gehaltskürzung um 20 000 Mark im Jahr lieber hinnähme als zuzusehen, wie die englische Währung zusammenbräche. Es handle sich nicht um ein Fehlen von nationalen Hilfsmitteln, sondern um einen unmittelbaren Mangel an Vertrauen.

Der Ministerpräsident schloß seine Rede mit dem Ersuchen an das Haus, die Bemühungen der Regierung zu unterstützen. Es sei die Pflicht des Kabinetts, auf seinem Posten auszuharren und es sei die Pflicht des Hauses, es dort zu halten bis die Krise vorüber sei.

### Hendersons Oppositionsrede.

Die Ausführungen MacDonaldis wurden von zahlreichen Zwischenrufen der Opposition unterbrochen, so daß der Sprecher mehrmals um Ordnung ersuchen mußte.

Nach MacDonaldis erhob sich Henderson zu einem scharfen Angriff gegen die Nationalregierung. Sie werde weder durch ihre Zusammenlegung — so erklärte er — noch

durch die Art und Weise ihres Zustandekommens den Namen „National“. Der Ausgleich des Haushaltes sei am falschen Ende angefaßt worden, denn auch unter dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem sei es falsch, das Budget auf Kosten der unbemittelten Bevölkerungsschicht ausgleichen zu wollen. Aufs schärfste wendete sich Henderson gegen eine Kürzung der sozialen Ausgaben. Auf das Angebot des sozialistischen Kabinetts, Abträge in Höhe von 56 Millionen Pfund vorzunehmen, sei ihnen von MacDonaldis und Snowden erklärt worden, daß die Konservativen und Liberalen weitere Einsparungen von 25 bis 30 Millionen Pfund verlangten. Henderson wurde hier von dem liberalen Führer Sir Herbert Samuel unterbrochen, der diese Behauptung als irrtümlich hinstellte. Henderson hielt jedoch seine Behauptung unter Berufung auf seine früheren Ministerkollegen aufrecht.

Der konservative Churchill hielt diesen Ausführungen Henderson die Frage entgegen, warum die sozialistische Regierung, wenn sie die Finanzkrise bereits im Juli habe herannahen sehen, keine Vorbereitungen getroffen habe, um ihr zu begegnen. Außerdem habe Henderson als früherer Außenminister viel am Zustandekommen der Krise verschuldet. Weder die politische noch die finanzielle Krise sei vorüber, sondern sie befänden sich beide erst im Anfang und würden sich noch vergrößern. Bei den kommenden Wahlen, die hoffentlich recht bald stattfinden würden, würden jedoch weniger die Sozialisten als die Nationalregierung verantwortlich gemacht werden. Nachdem Churchill noch kurz die Indien-Politik geirrt hatte, erklärte er zum Schluß, daß nach Ansicht der Konservativen der Zeitpunkt für die Einführung eines Schutzzollsystems gekommen sei.

### Abstimmungsjug für MacDonaldis.

Die Abstimmung im Unterhaus ergab 300 Stimmen für den Regierungsantrag und 250 dagegen. Das Unterhaus hat dadurch mit einer Mehrheit von 59 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgedrückt.

## Einigung in der Wirtschaftspartei.

Die sächsischen Wahlkreise kehren in die Wirtschaftspartei zurück.

vdz. Berlin. In der gestrigen Tagung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei im Reichstage wurde folgende Kundgebung beschlossen:

Die heutige Tagung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes einschließlich der bisherigen sächsischen Wirtschaftspartei wurde zu einer einbruchsreichen Kundgebung des Deutschen Mittelstandes. Die Einsicht und der unerlöschliche Wille, in dieser Notzeit von Vaterland und Wirtschaft jede Zersplitterung zu vermeiden und dem deutschen Mittelstand die ihm zukommende staatsführende Stellung zu erkämpfen, hat zur Wiederherstellung der Einigkeit geführt. Die Wirtschaftspartei ist damit wiederum zu der kraftvollen und entschlossenen Kampfgemeinschaft aller Kreise des Volkes geworden, welche eine gesunde Wirtschaft als die Grundlage allen nationalen, kulturellen und sozialen Lebens ansehen. Die Wirtschaftspartei ist eine kämpfende Partei, welche den Schutz aller unter persönlicher Verantwortung schaffenden Kräfte vom Staate verlangt und die Erhaltung des Eigentums als eine sittliche Pflicht des Staates gegenüber jedem Staatsbürger ansieht. Die Wirtschaftspartei ist auch eine christliche Partei und erstrebt den Schutz der Religion beider Konfessionen in Kirche, Schule und Haus. Der berufständlich orientierte deutsche Volksstaat braucht keine staatlichen Zwangsgesetze. Nur nach ihrer Befreiung lassen sich die sittlichen, wirtschaftlichen und nationalen Kräfte der Volksgemeinschaft wie jedes einzelnen Staatsbürgers mobil machen. Vorrechte finanzieller, wirtschaftlicher oder politischer Art müssen gebrochen werden. Der Schutz und die Förderung der Berufsstände richtet sich nach ihrer sittlichen und nationalen Bedeutung.

Um die außenpolitische Geltung des deutschen Volksstaates wieder zu erringen, müssen die neuen Ketten des ausländischen Finanzkapitals durch die Förderung der inländischen Kapitalbildung wieder gebrochen werden. Dem Wehrwillen muß der Sparwille des deutschen Volkes gleichgeordnet werden. Durch das Verlassen des parlamentarischen Systems ist den Ständen des deutschen Volkes die Aufgabe angewachsen, den Staat zu retten und ihn in Zukunft zu führen. Für dieses Ziel wird die geeinte Wirtschaftspartei mit allen Kräften mehr als je kämpfen.

In den Verhandlungen, die zu einer Einigung mit der sächsischen Opposition führten, wurde auch die Parteiführungsfrage endgültig geregelt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dr. Vredt wurde mit der Führung der Parteialtsache eine Parteileitung beauftragt, bestehend

aus dem früheren Reichsjustizminister Dr. Vredt, dem früheren sächsischen Staatsminister Dr. Weber-Dresden, dem Reichstagsabgeordneten Wolke-Berlin und Stadtrat Kockel-Magdeburg, Mitglied des Reichsrats.

In der Reichsausschussung waren die sächsischen Wahlkreise, die bisher in der Opposition standen, vollständig vertreten. Anwesend waren u. a. die früheren sächsischen Minister Dr. Weber und Dr. Wilhelm, der sächsische Landtagsabgeordnete Kaiser-Dresden und der Wahlkreisvorsitzende von Leipzig Oldenburg.

### Forderungen der Wirtschaftspartei.

Reichstagsfraktion und Reichsausschuss der Wirtschaftspartei fassen folgenden Beschluß:

Unter augenblicklicher Zurückstellung parteipolitischer Forderungen läßt sich die Wirtschaftspartei von dem ernsthaften Willen leiten, geeignete Bestrebungen zu unterstützen, Ordnung in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Reich, Länder und Gemeinden zu bringen. Vor allen Dingen müssen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, um nicht das Heer der Arbeitslosen zu vermehren, insbesondere aber zu verhüten, daß die Arbeitslosigkeit nicht in erschreckendem Umlange auch auf die Kreise der selbständigen Gewerbetreibenden übergreift. Die durchzuführenden Maßnahmen haben sich auf Erfüllung nachstehender Forderungen zu erstrecken:

1. Unbedingte Sicherung des privaten Eigentums an Grund und Boden.
2. Befreiung der Hauszinssteuer.
3. Befreiung der Wohnungszwangswirtschaft.
4. Teilweise Umgestaltung der Erwerbslosen- und Arzenunterstützung in produktive Erwerbslosenfürsorge und Abdrosselung jeglicher Schwarzarbeit.
5. Reform des politischen Lohns und Schlichtungswesens.
6. Ueberführung der Betriebe der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft.
7. Progressive Staffelung der Umsatzsteuer, Einführung einer Filialsteuer.
8. Bei Durchführung von teilweiser Naturalienlieferung an Erwerbslose, Einschaltung von Handel und Gewerbe.